

ARBEITER NEWS

Internationalen Allianz zur Unterstützung der ArbeiterInnen im Iran – Deutschland



aus dem Iran

Vorwort zur unserer neuen Ausgabe

Zuerst möchten wir uns bei den Lesern dieses Blattes für das monatelange Nichterscheinen der Arbeiter News auf Deutsch entschuldigen. Dafür gab und gibt es unterschiedliche Gründe, die vor allem dadurch bedingt sind, dass uns versierte Übersetzer, die Nachrichten vom Persischen ins Deutsche übersetzen können, immer noch fehlen. Hiermit möchten wir an alle politisch engagierten Menschen und Organisationen appellieren, die sich für die Belange der Arbeiterklasse interessieren: Wir suchen dringend Unterstützung für Übersetzungen, Korrekturen und Weiterleiten der Arbeiter News. Bitte meldet Euch unter alliance_workers_iran@yahoo.de, damit wir eine regelmäßige Ausgabe unserer Nachrichtenseite gewährleisten können. Wir bedanken uns für Eure Unterstützung im Voraus.



Shahrokh Zamani stirbt im Gefängnis

Am Sonntag den 13. September starb der Arbeiteraktivist Shahrokh Zamani im Gowhardascht (Rajaie Schahr) Gefängnis in der Stadt Karaj. Der medizinische Dienst der

Justizbehörde stellt als Todesursache den Schlaganfall fest. Diese Aussage ist äußerst zweifelhaft und wurde von keinem anderen unabhängigen medizinischen Gutachter bestätigt.

Schahrokh Zamani war ein Sozialist, Arbeiteraktivist, Mitglied des Syndikats der Gebäudemaler und Ratsmitglied des Komitees zur Bildung der unabhängigen Arbeiterorganisationen im Iran. Er befand sich seit Juni 2011 im Gefängnis und wurde zu einer Haftstrafe von elf Jahren verurteilt. Aufgrund seines Widerstands und seines Engagement für die Rechte der politischen Gefangenen im Gefängnis war er besonders den Schikanen und Repressalien des Gefängnispersonals und der Justizbehörde ausgesetzt. Oft wurde er von Gefängnis zu Gefängnis gebracht, musste ständig seine Zelle wechseln und sich öfters vor Gericht verantworten. Er durfte selbst mit der Begleitung des Wachpersonals der Justizbehörde weder an der Beerdigung seiner Mutter noch an der Hochzeit seiner Tochter teilnehmen.

Aus Protest gegen die menschenunwürdigen Haftbedingungen und die missachteten elementaren Rechte aller politischen Gefangenen ist er mehrmals in den Hungerstreik getreten, was für eine große Welle der Solidarität im Lande sowie weltweit sorgte.

Gefängnis stellte für Schahrokh eine neue Herausforderung dar. Bis zu den letzten Tagen seines Lebens setzte er seinen Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse fort, schrieb politische Texte und verteidigte die Rechte der verhafteten Lehrer und der politischen Gefangenen.

Er war die Stimme der Arbeiterklasse im Iran und diese Stimme hinter den Gittern und Mauern, die das kapitalistische System errichtete, verstummte nie.

Die islamische Regierung trägt die unmittelbare Verantwortung für das Leben der Arbeiteraktivisten und aller anderen politische Gefangenen im Iran. Alle Funktionäre des islamischen Regimes tragen die Verantwortung für diese Tragödie. Wir fordern die Einreise einer unabhängigen internationalen medizinischen Kommission in den Iran, um die tatsächliche Todesursache von Schahrokh herauszufinden.

Unsere Solidarität und Anteilnahme richtet sich in erster Linie an Schahrokh's Familie. Wir fordern

alle Menschenrechtsorganisationen und internationale Arbeiter- und Progressivorganisationen den Druck auf die islamische Regierung im Iran zu erhöhen, um das Regime zu zwingen, Folter, Verfolgung und Mord an Arbeiteraktivisten zu beenden. Wir fordern die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen im Iran. Wir fordern die Anerkennung des Rechtes auf Gründung von unabhängigen Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen gemäß dem internationalen Abkommen der Arbeiterrechte.

13.09.2015

Ein kurzer Überblick über die iranische Arbeiterbewegung der letzten Monate !



In den letzten Monaten beobachten wir eine Zunahme der Proteste – in unterschiedlichen Formen - in der Großindustrie, in kleinen und mittelständigen Betrieben sowie in sozialen Institutionen. Laut Nachrichten und Meldungen, die wir trotz der Zensur und der massiven Kontrolle seitens der Regierung bekommen haben, hat es in mehr als 150 Betrieben und Fabriken Aufstände und Proteste gegeben. Dies zeigt eine quantitative Steigerung der Widerstände Werkstätiger im Lande. Es ereigneten sich Streiks, die ausdauernd anhielten wie zum

Beispiel der zweimonatige Streik der Arbeiter eines Brückenbauprojektes in der Stadt Bojnurd, ein 45-tägiger Streik der Arbeiter der Iran Barak Fabrik, der Streik der Arbeiter der Stadtbahn in Ahwaz, der über 22 Tage dauerte, ein zweiwöchiger Streik der Beschäftigten der Zementfabrik Karoun und die Arbeitsniederlegung der Arbeiter in Assaluyeh.

Im Rahmen der Arbeitskämpfe nutzten die Arbeiter unterschiedliche Methoden und Aktionen, um ihren Unmut zu äußern und ihren Anliegen Nachdruck zu verleihen. Während die gewöhnlichen Verhandlungen mit Arbeitgebern friedlich sind, griffen die Demonstranten teilweise auch zu radikalen Methoden. Dabei kam es von Sitzblockaden auf den Hauptstraßen bis zu Stilllegung des gesamten Verkehrs in einem Stadtteil. Während die Sicherheitskräfte zur Auflösung der Demonstrationen und Versammlungen Gewalt anwendeten, wurden die Büros und Hauptgebäude der Betriebe und staatliche Institutionen von den Demonstranten angegriffen und beschädigt. Als zum Beispiel die Sicherheitskräfte der Stadt Bandar Abbas gegen die protestierenden Arbeiter der Ölraffinerie mit Wasserwerfern der Feuerwehr des Betriebes voringen, beschädigten die Demonstranten die Maschinen.

Die Hauptforderungen der Arbeitskämpfe richten sich nach wie vor gegen unregelmäßige und verspätete Auszahlung der Löhne

und gegen die Privatisierung der staatlichen Betriebe, die in der Regel Massenentlassungen zur Folge haben.

Im Iran hat die Regierung in den letzten Jahren im Zuge der Liberalisierung der Wirtschaft einen intensiven Kurs der Privatisierung in den meisten Großbetrieben durchgesetzt. In dessen Folge wurden viele Arbeitsverträge neu und unter wesentlich schlechteren Bedingungen abgeschlossen. Dabei wurden und werden fast nur befristete Arbeitsverträge bestätigt. Rund 90 Prozent der Beschäftigten sind in einem befristeten Arbeitsverhältnis. Es gibt sogar Arbeitsverträge, in denen kein Ende des Vertrages erwähnt wird. Dies gibt den Arbeitgeber die Möglichkeit, jederzeit seine unbequemen Beschäftigten zu entlassen oder den Betrieb zu schließen. Es gibt Berichte über Arbeitsverträge, die sich nur über eine Woche erstrecken. Das Phänomen Leiharbeit und Werkvertragsarbeiter hat sich in den letzten Jahren massiv ausgebreitet und durchgesetzt.

Darüber hinaus müssen die Arbeiter für Kranken- und Rentenversicherung sowie für Arbeitslosengeld kämpfen, was für viele Beschäftigten der staatlichen Betriebe bis vor einigen Jahren nicht zur Debatte stand.

Obwohl es keine zuverlässigen Zahlen seitens der Regierung über die Mindestlöhne gibt, wird die Zahl der Beschäftigten, die unterhalb des

festgesetzten Mindestlohnes arbeiten auf etwa acht Millionen geschätzt. Eine Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten ist ein Dauerthema, die alle Lohnabhängigen im Iran betrifft.



Ein weiteres Dilemma ist, dass täglich die Gesundheit und das Leben der Arbeiter gefährdet wird, was auf die katastrophalen Bedingungen in den Betrieben zurückzuführen ist. Den offiziellen Angaben nach sind Arbeitsunfälle im vergangenen Jahr viermal höher gewesen als die Zahl von Arbeitsunfällen in anderen Entwicklungsländern. Das Ausmaß der Katastrophe wird noch deutlicher, wenn bekannt ist, dass über 90 % der Opfer der Arbeitsunfälle keine betrieblichen Versicherungen haben.



Die Reaktion der Neuen Regierung auf die Arbeiterproteste hat sich im Vergleich zu ihrem Vorgänger nur in einigen Fällen zum Positiven geändert, aber in vielerlei Hinsicht verschlechtert. Die Unterdrückung

und Repressalien gegen die Arbeiteraktivisten haben unter der neuen Regierung zugenommen. Die Arbeitsaufstände werden auf unterschiedliche Art und Weise von dem Regime bekämpft. Dazu zählen der Einsatz der Spezialeinheiten, Verfolgung und Kriminalisierung der Arbeiteraktivisten durch die Justizbehörde, Bepitzelung und Beobachtung der Arbeiteraktivisten durch die dauerhafte Präsenz der Sicherheitskräfte in Betrieben und am Arbeitsplatz. Entlassung der Arbeiter, die sich in Arbeitervereinigungen und Betriebsräten organisieren und für die Gründungen der unabhängigen Gewerkschaften aktiv sind. Hier sind einige Beispiele, wie die Sicherheitskräfte mit Arbeiterprotesten umgehen:

Die Versammlung der Minenarbeiter in der Stadt Zarand, die eine der Zufahrtstraßen zu der Mine blockiert haben, wurde durch die Sicherheitskräfte unter dem Einsatz von Tränengas aufgelöst. In dieser Auseinandersetzung wurde ein Arbeiter von einem Laster erfasst und starb in Folge dieses Unfalls.

Die Spezialeinheiten der sogenannten islamischen revolutionären Truppe (Pasdaran) und die Schlägertruppen in Zivil haben die Versammlung der Arbeiter der Stahlwerke in Ahwaz angegriffen. Dabei wurde ein Arbeiter schwer verletzt.

Die Sicherheitskräfte der Stadt Meschhad attackierten eine Versammlung der Beschäftigten des Mizan Finanzinstitutes, die gegen die Schließung ihrer Firma protestierten und nahmen einige von den Protestierenden fest.

Der Umgang der Justiz mit den Arbeiterprotesten ist sehr restriktiv und dient in der Regel der Einschüchterung der Arbeiter durch Kriminalisierung, Verfolgung und Bestrafung.

Damit versucht die Regierung durch Verurteilungen der Aktivisten ein Klima der Angst und Unsicherheit zu verschaffen, um die unzufriedenen Arbeiter von jeglicher Gegenwehr abzuhalten.

Das Zivilgericht der Stadt Ardekan hat fünf Minenarbeiter der Tschador Malu zu einer einjährigen Haftstrafe und körperlichen Züchtigung, d.h. **Peitschenhieben** verurteilt. Da diese Arbeiter ziemlich alt und seit vielen Jahren im Dienste dieser Mine sind, wurde die körperliche Züchtigung zu einer Geldstrafe und einer Gefängnisstrafe auf fünf Jahre umgewandelt.



Jadolah Samadi und **Eghbal Schabani**, Mitglieder des Verbandes der Bäckereiarbeiter der Stadt Sanandadj, sind zu einer fünfmonatigen Haft und **30 Peitschenschläge** verurteilt worden.

Diese Strafe wurde nachträglich zu fünf Jahre Bewährung gewandelt. Acht Arbeiter der Sepahan Zement Fabrik wurden beim Gericht vorgeladen.

Zwei Bergbauarbeiter der Tscheschmeh Pudneh wurden nach einem gerichtlichem Beschluss verhaftet, aber wieder entlassen.

26 Goldgräber der Agh Dareh wurden per Gerichtsbeschluss gefeuert.

Neun Arbeiter der Pipelinefabrik in der Stadt Ahwaz wurden beim Gericht vorgeladen, weil sie an einer Protestversammlung in der Firma teilgenommen hatten.

Es gibt zahlreiche Beispiele der Einmischung der Justizbehörde in Interessenkonflikte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Auffällig dabei ist, dass die Justiz fast ausnahmslos auf Seiten der Arbeitgeber ist.

In den letzten Monaten ist zu beobachten, dass die Regierung ihre repressive Haltung gegenüber den Arbeiteraktivisten verschärft hat, indem sie rücksichtslos die engagierten Arbeiter aus dem Betrieb entließ. Bisher sind uns rund 1167 Entlassungsfälle aus 23 Betrieben bekannt. Hier sind einige Beispiele:

170 von der Stromzählerfabrik Iran, 60 Arbeiter der Stadtbahn in Ahwaz, 70 Arbeiter/innen der Textilfirma Iran Barak, davon 20 Frauen, 150 Arbeiter von den vier Betrieben Sabz Mahabad, 300 Arbeiter der Keramikfirma Kawir in Yazd. Den

80 Saisonarbeitern der Goldmine AGh wurden ihre Wiedereinstellung nach den Betriebsferien per Gesetz verwehrt.



Appel an die internationalen Arbeiterorganisationen sowie – Gremien zur Registrierung und Verfolgung der Klage der entlassenen Gewerkschaftsmitglieder und Omnibusfahrerinnen in Teheran und Umland (Sherkat Vahed)

der internationale Gewerkschaftsbund, der internationale Arbeiterverband des Verkehrswesens, Kollektiv der französischen Gewerkschaften, die Londoner Verkehrsgewerkschaft, der schwedische Gewerkschaftsbund, die schwedische Arbeitergewerkschaft des Verkehrswesens, ...

Von: „Gewerkschaft der Omnibusfahrerinnen in Teheran und Umland“ (Sherkat Vahed)

Betr.: Unrechtmäßige Kündigung der Busfahrerinnen und Mitglieder der „Gewerkschaft der Busfahrer in Teheran und Umland“ (Sherkat Vahed) wie folgt:

Hr. Reza Shahabi, Hr. Hassan Saiidi, Hr. Vahid Feridoni, Hr. Naser Mahram Zadeh, Hr. Housein Karimi Sabzewar und Fr. Farahnaz Shiri

Mit solidarischen Grüßen und Danksagung für Ihre Unterstützung

Da die iranische Regierung ein Mitglied der „Internationalen Arbeiterorganisation“ (IAO) ist, ist sie dazu verpflichtet, die Arbeiterrechte einzuhalten. Daher appellieren wir an Sie in diesem Zusammenhang, alles Notwendige in die Wege zu leiten, damit die Klage der gekündigten Arbeiter auf einer rechtliche Ebene registriert und deren Rückführung zur Arbeit ermöglicht wird.

Die oben erwähnten gekündigten Arbeiter sind einerseits durch illegale bzw. unrechtmäßige Aktenlegung seitens der „Islamische Räte“, die eine gewerkschaftsfeindliche Haltung haben, und andererseits durch die Sicherheitszentren seitens der abhängigen Behörden des Arbeitsministeriums belastet worden. Diese Gremien haben diese Kündigungen veranlasst. Den betroffenen Arbeitern sind jegliche Ansprüche auf Lohn, berufliche Ansprüche, sowie Arbeitslosen- und Krankenversicherung entzogen. Alle bisherigen Bemühungen gegenüber dem Arbeitsministerium bezüglich deren Kündigung sind erfolglos gewesen. Die Gewerkschaft der Busfahrer versucht konsequent die Rechte der Arbeiter zu beschützen. Ihre Solidarität und Verteidigung der Rechte dieser entlassenen Arbeiter innerhalb der „IAO“ könnte sich jedoch sehr positiv auf diesen Prozess auswirken.

Falls die Möglichkeit besteht, dass

Sie sich mit diesen Fällen arbeitsrechtlich auseinandersetzen können, teilen Sie uns dies bitte mit, damit wir Ihnen unverzüglich alle notwendigen Informationen hierfür zur Verfügung stellen.

Wir bedanken uns abermals für Ihr Engagement und Ihre Kraftanstrengungen zur Verteidigung der Arbeiter in Iran.

„Gewerkschaft der Omnibusfahrer-innen in Teheran und Umland“ (Sherkat Vahed)

30.08.2015

Übersetzt durch: Solidaritätsvereine mit der Arbeiter-Bewegung im Iran – Ausland



Pflegepersonal :

Genauso haben in letzter Zeit die Kämpfe der Krankenschwestern die öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Es zeigte sich, dass sich die Arbeitskämpfe auch in anderen Schichten der Lohnabhängigen zugespitzt haben. Ihre Hauptforderungen waren Lohnerhöhungen und Durchsetzung der vorhandenen Lohneinstufungen. Das Regime im Iran beantwortet wie immer solche Proteste mit massiver Unterdrückung und Drohungen. Zum Beispiel wurden zwei Krankenschwestern, die sich für die

Forderungen ihrer KollegInnen einsetzten, sofort aus dem Krankenhaus Imam Khomeini entlassen.

Gleichzeitig werden mit der Unterdrückung der Arbeiterproteste Verfolgung und Repressalien gegen die aktiven Kollegen der unabhängigen Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen verstärkt. Obwohl einige der Kollegen freigelassen wurden durch hohe Kautionssummen, wurden aber viele wieder festgenommen und müssen mit hohen Gefängnisstrafen rechnen. Selbst Haftstrafen der bereits inhaftierten Arbeiter wurden verlängert, obwohl einige von ihnen ihre Strafe abgesessen haben. Z.B. Behnan Ibrahim Zadeh, ein Arbeiteraktivist, wurde zum Gericht geführt und statt seiner Freilassung wurde er nochmals zu sieben Jahren Haft verurteilt. Der Vorsitzende der Lehrgewerkschaften sitzt seit fünf Jahren im Gefängnis und hätte damit seine Haftstrafe beendet, aber er wurde stattdessen vor kurzem in Untersuchungshaft des Gerichtes genommen und muss nun auf die Verlängerung seiner Gefängnisstrafe warten. Der Studentin Bahareh Hedait geschah das Gleiche. Nach fünf Jahren Haft wurde sie nochmal aus irgendeinem absurden Grund zu zwei weiteren Jahren Haft verurteilt.

Tatsache ist, dass das iranische Regime bezüglich der Unterdrückung der Bevölkerung keine Grenzen kennt.

Mit dem Beginn der offiziellen

Bekanntgabe von Atom-Verhandlungen zwischen dem Iran und den 5+1 Staaten (in Wahrheit gab es vorher im Geheimen zahlreiche Treffen) konnte der iranische Staat sein Damoklesschwert dieses Mal ungeniert über den Köpfen der Arbeiterklasse und Werktätigen schwenken.

In Wirklichkeit wurde das Regime durch die Wirtschaftssanktionen zu dem Verhandlungstisch gezwungen und letztendlich zu Zugeständnissen. Nach jahrelangen Entbehrungen und permanenter Kriegsgefahr für die Bevölkerung fragen sich die Menschen, wieso und warum sie das alles ertragen mussten und sind wütend auf die Politik. Daher kommt die Antwort des Regimes mit der Verstärkung der Unterdrückung und Verbreitung der Angst in der Gesellschaft.

Laut Amnesty International haben die Verhaftungen und Folterungen der politischen Gefangenen in den letzten zwei Jahren trotz internationaler Proteste massiv zugenommen. Gleichzeitig haben sich in diesem Zeitraum die Arbeiterproteste ebenso verstärkt, begleitet mit Entlassungen der Kollegen, verbunden mit Hunger und Elend der betroffenen Arbeiterfamilien.

Egal wie man das Atomabkommen zwischen dem Iran und 5+1 Staaten betrachtet oder analysiert, eines steht fest: Der iranischen Arbeiterklasse steht für ihre Befreiung ein

mühsamer Weg bevor. Dabei ist ihre politische Unabhängigkeit sowie ihre unabhängige Organisationen in der internationalen Solidarität und Zusammenarbeit in dem Kampf gegen das kapitalistische System notwendig, um ein andere Gesellschaftsordnung zu ermöglichen.



Wir verurteilen den Angriff des iranischen Regimes – kurz vor Schulbeginn - auf die LehrerInnen:

Mit dem Schulbeginn im September wuchs die Angst des iranischen Regimes vor erneuten Lehrerprotesten im Land. Um dem zuvor zu kommen, begann es Druck auf die aktiven Lehrer mit Drohungen und Verhaftungen auszuüben. Ende August wurde **Miald Daewisch**, der Arbeiteraktivist und Ehrenmitglied der Lehrervereine, sowie Mitglied des Vereins der Unterstützung der Menschenrechte aus seinem Haus entführt. **Mohamad Reza Niknedajd** und **Mehdi Pahlawi** wurden ebenso im August festgenommen. Beide Lehrer führen seit längerer Zeit Arbeitskämpfe und sind als Publizisten bekannt für ihre Artikel über die Missstände im

iranischen Bildungssystem.

Die Lehrer im Iran haben seit Jahren verschiedene Kampfformen angewandt, um auf ihre soziale Lage aufmerksam zu machen und haben dabei ihre Erfahrungen gemacht mit Protestbriefen an die Behörden oder Abgeordneten sowie an die Zeitungen, in denen ihre Forderungen dargestellt und über die Zustände in den Schulen und die soziale Lage der Lehrer berichtet wurde. Das reichte nicht aus. Die Protest-Versammlungen sowie Demonstrationen waren ihre letzten Mittel. Die Reaktionen der Herrschenden waren bis jetzt nichts Anderes als die Repressalien, Verhaftungen mit der üblichen absurden Begründung wie Verschwörung gegen die politische Ordnung.

Nach der Protestwelle vom Ende des letzten Jahres bis Januar 2015 gab es wieder Anfang März lokale Proteste der Lehrer. Es gab drei Protestkundgebungen. Am 16. März gab es einen spontanen Protest, am siebten Mai habe die Lehrervereine zu einem Protest aufgerufen und am 21. Juli hat der Zentralrat der Lehrervereine einen Protest organisiert.

Ihre wichtigsten Forderungen waren die Erhöhung ihrer Gehälter, die Anerkennung ihrer unabhängigen Organisationen und ihres Versammlungsrechts, das Mitbestimmungsrecht des Lehrerverbandes beim Verfassen der Lehrbücher, für kostenlose

allgemeine Schulbildung und Stopp der Kommerzialisierung des Bildungssystem, Durchführung der Sicherheitsstandards in den Schulen sowie Verbesserung der Krankenversicherung der Lehrer und Festeinstellung aller Lehrer mit befristeten Arbeitsverträgen.

Trotz ihrer andauernden Proteste konnten sie keine Erfolge verzeichnen. Die Herrschenden reagierten mit erhöhter Unterdrückung. Man freut sich, dass der Kollege Mahmud Bagheri nach Beendigung seine Haftstrafe endlich frei ist, aber ihr weiterer inhaftierter Kollege Rassul Bodaghi sitzt seit mehr als sechs Jahren im Gefängnis, obwohl seine Haftstrafe offiziell beendet ist. Ali Reza Haschemi, der Vorsitzende der Lehrgewerkschaft sitzt schon seit dem 19. März im Gefängnis. Am 21. Juli wurde Ismail Abdi, der Bezirksvorstand der Teheraner Lehrerorganisation am Flughafen verhaftet, da er an einer internationalen Lehrerkonferenz in Kanada teilnehmen wollte.

Das löste wiederum eine landesweite Protestwelle aus und am 22. Juli gab es eine Protestversammlung vor dem Parlament in Teheran. Dabei wurden sofort 130 Protestierende verhaftet, die allerdings bis zum Abend wieder freigelassen wurden.

Die Nachricht über die Verhaftung von Ismail Abdi und die gewaltsame Unterdrückung der Protestierenden löste internationale Protestreaktionen aus. Die internationale Lehrerkonferenz sowie viele

britische, französische und schwedische Gewerkschaften schrieben sofort ihre Protestbriefe und verurteilten seine Verhaftung und die seiner Kollegen.

Die gestiegene Repression gegen die Lehrer im Iran vor dem Schulbeginn zeigt die Furcht des Regimes vor einer erneuten Protestwelle. Für gewöhnlich ist im Iran der fünfte September, der internationale Tag der Lehrer, mit landesweiten Protesten verbunden. Da die Regierung auf ihre Forderungen nicht eingehen will und die Proteste verhindern will, trifft sie Vorkehrungen.

Wir, die internationale Allianz zur Unterstützung der ArbeiterInnen im Iran, solidarisieren uns nach wie vor mit den Kämpfen der Lehrer und ihren Forderungen. Wir verurteilen mit aller Schärfe die Verhaftung und Verfolgung der Lehrer und fordern die sofortige Freilassung aller Gewerkschafter. Wir werden weiterhin mit aller Kraft unseren internationalen Beitrag dazu leisten.

**Internationalen Allianz zur
Unterstützung der ArbeiterInnen im
Iran – Deutschland**

www.etehadbinalmelali.com
alliance_workers_iran@yahoo.de